



Mitglieder des Bündnis gegen TTIP aus dem Kreis COE in Berlin.

TTIP - einfach nur ein Vertrag?

**TTIP bedeutet:
Transatlantic Trade and Investment Partnership**

TTIP - diese vier Buchstaben stehen für einen Freihandelsvertrag zwischen den USA und der EU. Die Verhandlungen werden geheim durch Vertreter der US-Regierung und der EU-Kommission geführt. Ziel soll es sein, Handelshemmnisse zwischen der US-amerikanischen und der europäischen Wirtschaftszone abzubauen, mit dem Zweck, eine Steigerung des Außenhandels zu erreichen. Damit sollen nach Aussagen der Befürworter das Wirtschaftswachstum zunehmen und damit gleichzeitig durch den wachsenden Handel der Wohlstand in den beteiligten Ländern. Beschränkungen durch Import- und Exportquoten sollen wegfallen. Desweiteren sollen durch solche Verträge die Subventionen und auch das Urheberrecht eingeschränkt werden, weil sie nach Ansicht der Vertrags-Befürworter Handelshemmnisse darstellen. Außerdem sollen durch solche Abkommen die unterschiedlichen Standards zwischen den beteiligten Wirtschaftsgebieten angepasst werden. Freihandelsverträge zwischen Industrienationen und Entwicklungs- und Schwellenländern sollen in der Theorie die Zugänge der Entwicklungsländer zu den Mär-

ten der Industrieländer öffnen. Andersherum wollen sich die Industrieländer durch solche Verträge die von Ihnen so dringend benötigten Rohstofflieferungen sichern. Ein besonderes Augenmerk haben die Unterstützer solcher Freihandelsabkommen auf den sogenannten Investorenschutz gerichtet. Solch einen Schutz sollen Schiedsgerichte gewährleisten, die aber nicht unabhängig wären, sondern mit Wirtschaftslobbyisten bestückt wären und somit nicht der Kontrolle der jeweiligen regulären Gerichte der einzelnen Staaten unterliegen würden. Freihandelsverträge und die damit verbundenen Einrichtungen von Freihandelszonen werden von der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organisation) gefördert. Freihandelsverträge sind keine Erfindung der Neuzeit, sondern waren schon von Anfang an ein Modell für zwischenstaatlichen Handel. Die Bundesrepublik Deutschland hat etwa 200 Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern bereits getroffen. Die USA und die EU als TTIP-Partner verhandeln also über einen Vertrag, der schon Vorbilder in der Vergangenheit hatte. -im-

Kritik an TTIP

250000 Bürger in Berlin auf der Straße

Es waren keine Gutmenschen, die da in Berlin auf die Straße gingen, um gegen Freihandelsabkommen wie TTIP zu demonstrieren. Im Gegenteil, es waren mündige und vor allen Dingen kritische Bürger, die ihren Unmut zum Ausdruck bringen wollten, dass in Europa von Seiten der Politik über den Kopf der Menschen hinweg Freihandelsabkommen beschlossen werden könnten, Abkommen, die alles andere als harmlos für die Demokratien sein werden. Seit Ende 2014 gibt es immer mehr Organisationen, die sich angesichts der Entwicklungen nicht mehr darauf

verlassen wollen, dass sich die derzeitige Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU und SPD zum Wohle der Bürger und des Gemeinwesens einsetzt. Man hat den Eindruck gewinnen können, dass sich im wirtschaftlichen Bereich alles dem Gewinnstreben der Unternehmen unterzuordnen habe. Das und noch vieles mehr macht es eigentlich unmöglich, solche Verträge wie TTIP in Kraft treten zu lassen. TTIP, sollte es in Kraft treten, wird demokratische Verfassungen beseitigen. das zumindest ist ausreichend Grund genug, sich damit zu beschäftigen.

Befragung führte zum Desaster

Laut Süddeutscher Zeitung hat die EU-Kommission bisher 149399 Bürger zu TTIP befragt. 97 % davon hätten sich gegen TTIP ausgesprochen. Besondere Ablehnung trafe das sogenannte Investorenschutzabkommen. Diese Vertrags-

Klausel soll bewirken, dass im Ausland getätigte Investitionen einem besonderen Schutz unterliegen sollen und somit vor staatlicher Willkür geschützt sein sollten. Trotz alledem will die EU-Kommission an dem Vertrag festhalten.

Drei Abkürzungen für Freihandelsabkommen
CETA
TTIP
TiSA
Alle drei stellen eine große Gefahr für die Demokratien in den beteiligten Ländern dar.

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement
TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership
TiSA = Trade in Services Agreement

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!

noch Fragen?

www.attac-coe.de

Europaweite Bündnisse gegen TTIP, CETA und TiSA

Die Bürger Europas wehren sich gegen ihre Entmündigung

Sehr zum Verdruss vieler in Europa unkritisch gegenüber Freihandelsabkommen agierender Politiker haben Bürgerinitiativen in der EU dafür gesorgt, dass die bis heute in Geheimverhandlungen ausgearbeiteten Verträge bekannt gemacht wurden. 3,2 Millionen Unterschriften gegen TTIP wurden in 2015 gesammelt. Ein überzeugender Beweis dafür, dass sich immer mehr Menschen darüber im Klaren sind, welche verheerenden Auswirkungen solche Abkommen auf unse-

re Gesellschaften haben würden. Allein die Politik in Deutschland, vertreten durch die CDU und SPD, glaubt mehrheitlich noch immer an die vermeintlich guten und wirtschaftlichen Erfolg versprechenden Freihandelsabkommen. Längst ist die Liste von Gegnern immer größer geworden. Neben der LINKEN und den GRÜNEN haben sich auch PIRATEN, Teile der SPD, Gewerkschaften wie VERDI und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO's) wie Attac und andere

dem friedlichen Kampf gegen die „DREIFACH-Torheit“ CETA-TISA und TiSA angeschlossen. Hier im Kreis Coesfeld gibt es ebenfalls ein Bündnis von 11 NGO's und Parteien, die von Anfang an den Widerstand mitorganisiert haben. Sie alle eint ein Ziel: **NEIN** zu den Verträgen! Solange die Mehrheit der Politik ihre Aufgabe, Schaden vom Volke abzuwenden, nicht wahrnimmt, werden sie weiter informieren und kämpfen, dass unsere Demokratie nicht zerstört wird.. -alexis-



Termine

Professor Dr. Heinz-J. Bontrup



Professor Dr. Bontrup hält einen **Vortrag** zum Thema: das Freihandelsabkommen TTIP.

Ort: 48301 Nottuln - Alte Amtmannei - Stiftsstraße 15

Beginn: 19 Uhr

Eintritt frei

**11.2.2016 Bündnis gegen TTIP
Treffen in Nottuln - 18 Uhr**

Treffpunkt: Böcker-Menke, Stiftsplatz 2, 48301 Nottuln
Auf Anregung einiger Organisationen soll versucht werden ein münsterlandweites Bündnis gegen TTIP zu schmieden.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

jfgogoll(at)aol.com

HammGas darf Gas suchen

Jetzt ist es soweit. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Ascheberg wird nach Kohlegas gesucht. Sollte man ergebige Gasmengen finden, dann könnte es passieren, dass in Zukunft dort Flözgas gefördert wird. Es wird dann Wasser unter hohem Druck in den Boden gepresst, um das Gas zu gewinnen. Das Wasser wird auf diese Weise sehr stark verunreinigt. Es könnte sein, dass sich in Folge dieser Gasgewinnung das vergiftete Wasser mit dem Grundwasser vermischt und unter anderem die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung bedroht. Das Verfahren ist dem Fracking ähnlich. Dabei wird allerdings ein Wasser/Chemie-Gemisch verwendet.

Freihandel machts möglich

Was passiert, wenn Freihandels- und Handelsverträge zwischen Ländern abgeschlossen werden, kann man an folgendem Beispiel gut sehen. Die EU liefert z.B. hochsubventionierte Fleischabfälle in afrikanische Länder. Die Folgen solchen Handelns sind dramatisch für die Länder, die solche Waren importieren. So kosten z.B. importierte Hähnchenflügel in Kenia 0,94 Dollar, während die kenianischen Bauern für ihre Hähnchenflügel 2,40 Dollar nehmen müssen, um zu überleben. Die Folge: sie müssen ihre Betriebe aufgeben. Die Arbeitslosigkeit und die Armut steigen dort und viele von ihnen kommen als Flüchtlinge nach Europa.

Geisterfahrer

Investorenschutz und Schiedsgerichte als Demontagemittel der Demokratien

Zwei der bedeutendsten und umstrittensten Punkte, die in den Geheimverhandlungen zum TTIP-Vertrag geplant werden, sind der Investorenschutz und die sogenannten Schiedsgerichte. Sowohl TTIP, das Abkommen zwischen der EU und den USA als auch CETA, das Freihandelsabkommen, zwischen der EU und Kanada, haben diese beiden für den Bürger und den Staat so wichtigen wie demokratiegefährdenden Ansätze. Man muss sich fragen, warum überhaupt Investorenschutz und Schiedsgerichte Bestandteil der Verträge sein müssen. Ein Investorenschutz mag denkbar sein, wenn eins oder mehrere der Vertragspartner Diktaturen sind, die Möglicherweise im Ernstfall nicht bereit sind, das Eigentum ausländischer Investoren zu schützen. Betrachtet man sich aber mal die Partnerländer der beiden Vertragswerke, so lässt sich beim besten Willen kein Land in die Kategorie „Diktatur“ einordnen. Alle beteiligten Länder haben eine sehr gut funktionierende Justiz, die das Eigentum ausreichend schützen kann.

Warum dann Investorenschutz und Schiedsgerichte? Dass es zu Auswirkungen durch Schiedssprüche kommen wird, die uns Bürger ohnmächtig gegen Unternehmenswillkür machen und uns daran hindern werden, so zu entscheiden, wie wir Bürger zukünftig leben wollen, wird bis heute in großen Teilen der Politik und der Presse geleugnet oder aber nicht erwähnt. Nehmen wir als Beispiel eine US-Firma, die hier in ein Kraftwerk mit fossilen Brennstoffen investiert hat. Und nehmen wir an, unsere Regierung entscheidet, komplett auf regenerative Energien umzustellen und andere Gewinnungsarten zu verbieten. Was passiert dann, wenn TTIP gültig wäre? Das US-Unternehmen könnte ein Schiedsgericht beauftragen, zu klären, wie hoch der Schadensersatz wäre, den die Bundesrepublik zu zahlen hätte. Und da wäre es auch noch zusätzlich möglich, dass das Unternehmen nicht nur den tatsächlich entgangenen Gewinn einklagen könnte, sondern auch den Ausfall eines zu erwartenden Gewinns. Schöne Aussichten. -alexis-

Eine Farce

Kommentar Joachim. F. Gogoll

Ich erinnere mich noch, wenn auch schwach an den Versuch im Jahre 2001 als auf Betreiben der Welt Handelsorganisation WTO bei der sogenannten DOHA-Runde der Abbau von Agrarsubventionen weltweit auf der Tagesordnung stand. Was kam dabei heraus? Nichts!!! Damals waren es die USA, die kein Interesse daran hatten, dass

DOHA war gestern

ihre Baumwollsubventionen, die sie an über 20000 Farmer zahlte, abgeschafft werden sollten. Denn DOHA war mit dem Ziel einberufen worden, weltweit Subventionen abzubauen. Es scheiterte damals an Eigeninteressen von hochentwickelten Staaten wie den USA. Nach diesem kläglichen Scheitern, nicht zuletzt auch wegen vieler Subven-

Subventionsabbau

tionen, die die EU auch in ihrem Wirkungsbereich zahlt, wurden nun bi- und multilaterale Verträge angestrebt. Zwei davon sind die Transpazifische Partnerschaft TPP zwischen den USA und den Pazifikanreinerstaaten (ohne China) und die Transatlantische Handels- und Investitions Partnerschaft TTIP zwischen den USA und Europa.

NAFTA

Und die Vorgeschichte der sogenannten Freihandelsabkommen soll nun vergessen sein? Und was war mit NAFTA, ein Abkommen zwischen den USA und Kanada und Mexico. Was ergab sich daraus? Wachstumshoffnung in Mexiko - was kam waren 1,3 %. Was war mit dem Arbeitsplatzverlust durch NAFTA. Das Economic Policy In-

700 000 Jobs verloren

stitute sprach von einem JOB-Verlust in den beteiligten Ländern von 700000. Welche Auswirkungen des Abkommens auf die Umwelt gab es? Eins wurde deutlich: US Behörden setzten sich weniger für die Umwelt ein, da sie befürchteten, NAFTA Bestimmungen zu verletzen. Und dann? Dann kämen die Schiedsgerichte. Kanadier und

Wer profitiert ?

Mexikaner hatten einige Verfahren verloren, Die USA noch nicht eins. Ich frage mich ernsthaft, wieso die Politik in Europa überhaupt solche Verträge abschließen will. Ist es nicht vielmehr so, dass es hier nicht um wirklichen Freihandel geht, sondern dass solche Abkommen ausschließlich dazu dienen, ein Handelsregime einzuführen, was die Sonderinteressen der Wirtschaft bedienen soll. Für mich eine Farce!

**Noch Fragen? Kontakt unter:
www.attac-coe.de**